

V-31 Für einen freien Iran – Menschen schützen, Demokratie stärken

Antragsteller*in: Ali Khademolhosseini (KV Erlangen- Stadt)

Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

1. An der Seite der Menschen im Iran

Über das eigene Leben bestimmen. Die eigene Meinung sagen. Sich mit anderen zusammenschließen und gemeinsam für Veränderung eintreten. Was für uns zum demokratischen Alltag gehört, müssen sich Menschen im Iran unter dem Druck von Verfolgung und Gewalt erkämpfen. Ihr Wunsch nach Freiheit verdient unsere Solidarität. Ihr Mut verpflichtet uns zum Handeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen fest an der Seite der Menschen, die die theokratische Diktatur überwinden wollen. Wir teilen ihre Hoffnung auf einen Iran, in dem niemand wegen seiner Überzeugungen, seines Geschlechts oder seiner Lebensweise Angst haben muss.

Für uns Grüne folgt daraus ein klarer politischer Auftrag: Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, die Voraussetzungen für einen gewaltfreien demokratischen Machtwechsel zu verbessern, den die iranische Gesellschaft selbst trägt. Wir finden uns mit der Herrschaft der Repression nicht ab. Wir wollen ihren Verantwortlichen die finanziellen, organisatorischen und technischen Mittel entziehen, mit denen sie Menschen unterdrücken. Und wir wollen demokratischen Kräften den Rücken stärken, damit sie sich dauerhaft organisieren, gesellschaftliche Unterstützung gewinnen, unterschiedliche Interessen zusammenführen und Verantwortung für ihr Land übernehmen können. Auf dieses Ziel richten wir unsere Iranpolitik aus.

In unserem Europawahlprogramm 2024 haben wir festgehalten: „Unabhängig davon, wo Menschen leben, haben sie das Recht, Hilfe zu verlangen und zu erhalten, um ihre grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern.“ Dieses Versprechen gilt auch für die Menschen im Iran. Wer für seine Rechte eintritt, muss auf unsere Unterstützung zählen können. Wir wollen, dass diese Hilfe ankommt: bei den Menschen, die Schutz brauchen, bei den Organisationen, die demokratische Kräfte zusammenbringen, und bei den Bündnissen, die sich auf Verantwortung in Regierung, Parlament und Verwaltung vorbereiten.

Freiheit ist für uns untrennbar mit gleichen Rechten verbunden. Wir stehen für freie Wahlen, Gewaltenteilung und eine unabhängige Justiz. Für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter und den Schutz von Minderheiten. Für eine Ordnung, in der Regierungen friedlich abgewählt werden können und keine religiöse oder andere nicht demokratisch legitimierte Autorität über ein unkontrollierbares politisches Vetorecht verfügt. Welche Staats- und Verfassungsordnung diesen Grundsätzen Gestalt gibt, entscheiden die Menschen im Iran. Ihre Selbstbestimmung ist unser Maßstab. Einen militärisch erzwungenen Regimewechsel, bewaffnete Stellvertreterpolitik und eine aus dem Ausland eingesetzte Führung lehnen wir ab.

Deutschland und Europa haben Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten. Beides müssen sie wahrnehmen. Wir erwarten eine Politik, die Repressionshandlungen

40 verhindert, rechtswidrige Finanzierungswege unterbricht, Verfolgte schützt und
41 demokratische Organisationen dauerhaft arbeitsfähig macht. Daran lassen wir
42 unsere Forderungen messen. Solidarität muss im Leben der Menschen einen
43 Unterschied machen.

44 2. Demokratische Vielfalt braucht Zusammenarbeit

45 Die demokratische Zukunft des Iran muss Platz für unterschiedliche Überzeugungen
46 haben. Wer sie gestalten will, muss anderen dieselben Rechte zugestehen, die er
47 für sich selbst verlangt. Er muss Unterschiede aushalten, Konflikte friedlich
48 austragen und mit anderen Verantwortung übernehmen können. Deshalb unterstützen
49 wir iranische Organisationen, Zusammenschlüsse und Teams, die diese Haltung
50 bereits in ihrer Arbeit leben. Dazu können demokratische Parteien und
51 Bewegungen, unabhängige Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen,
52 Studierendenvertretungen, kommunale und berufliche Netzwerke sowie
53 Selbstvertretungen benachteiligter Gruppen gehören.

54 Politische Vielfalt gehört zum Kern unseres Demokratieverständnisses. Wer sie
55 systematisch bekämpft, anderen demokratischen Kräften gleiche Rechte verweigert
56 oder die Macht dauerhaft einer unkontrollierbaren Führung vorbehalten will, kann
57 keine strategische Demokratieförderung erhalten. Daran ändern öffentliche
58 Bekanntheit, große Demonstrationen oder einflussreiche Fürsprecher*innen nichts.
59 Über monarchische oder republikanische, zentralstaatliche oder dezentrale
60 Modelle entscheiden die Menschen im Iran. Deutsche Förderstellen müssen
61 demokratische Legitimation und gleiche Rechte zum Maßstab nehmen.

62 Demokratische Erneuerung braucht auch den Mut zum Anfang. Neue, kleinere und
63 informelle Initiativen müssen eine faire Chance auf Unterstützung erhalten. Wir
64 wollen ihnen Beratung und Hilfe beim Aufbau eigener Organisationen eröffnen.
65 Entscheidend sind glaubwürdiges demokratisches Engagement, Offenheit für
66 politische Vielfalt und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

67 Die Förderung soll nach transparenten Kriterien, unabhängig und unter
68 Beteiligung unterschiedlicher demokratischer iranischer Kräfte vergeben werden.

69 3. Repression entgegentreten. Den Rechtsstaat 70 durchsetzen.

71 Wer in Deutschland vor dem iranischen Regime Schutz sucht, muss hier frei und
72 sicher leben können. Einschüchterung, Verfolgung und Gewalt dürfen keinen Platz
73 haben. Dieses Schutzversprechen einzulösen, ist Aufgabe unseres Rechtsstaats.
74 Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie die vorhandenen Befugnisse
75 konsequent nutzt, rechtswidrige Strukturen bekämpft und die zuständigen Behörden
76 personell und fachlich stärkt. Entschlossenes Handeln muss auf belastbaren
77 Tatsachen beruhen und vor Gericht Bestand haben.

78 Wir fordern die Bundesregierung auf, ein gerichtsfestes nationales
79 Betätigungsverbot der Revolutionsgarden und Verbote ihrer zurechenbaren
80 Repressionsstrukturen mit höchster Priorität voranzutreiben und bei erfüllten
81 Voraussetzungen zu erlassen. Sie muss dem Bundestag über Fortschritte und

82 rechtliche Hindernisse Rechenschaft ablegen. Die grüne Bundestagsfraktion soll
83 diesen Prozess parlamentarisch kontrollieren und auf wirksamen Vollzug drängen.

84 Ein Verbot muss wirken. Das gilt für das Islamische Zentrum Hamburg ebenso wie
85 für erfasste Teilorganisationen. Vollziehbare Verbote müssen durchgesetzt,
86 gesetzlich erfasste Ersatzorganisationen, Vermögensverschiebungen und verbotene
87 Fortführung verfolgt werden. Wer lediglich den Namen oder vorgeschobenen Träger
88 wechselt, darf sich dem Vollzug nicht entziehen.

89 Vermögen der Repression soll demokratische Freiheit stärken. Wir fordern,
90 endgültig und rechtmäßig eingezogenes Vermögen verbotener Regimestrukturen
91 konsequent zu verwerten, einschließlich des Verkaufs von Immobilien und
92 Unternehmensbeteiligungen. Die nach Befriedigung berechtigter Ansprüche und
93 Abwicklung verbleibenden Mittel sollen zusätzlich für demokratische
94 Oppositionsarbeit im Programm „Demokratische Zukunft Iran“ eingesetzt werden.
95 Damit wollen wir Organisationsaufbau, Zusammenarbeit und die Vorbereitung auf
96 politische Verantwortung fördern. Für die Zweckbindung verlangen wir die
97 notwendigen gesetzlichen und haushalterischen Voraussetzungen.

98 An Mitglieder, Funktionäre oder Strohleute verschobenes Organisationsvermögen
99 muss nach den gesetzlichen Voraussetzungen zurückgeholt werden. Persönliches
100 Vermögen von Organisationsangehörigen darf nur bei individuell erfüllten
101 gesetzlichen Einziehungsvoraussetzungen erfasst werden. Bloße Mitgliedschaft
102 rechtfertigt keinen Zugriff auf das gesamte Privatvermögen.

103 Zugleich verteidigen wir die Freiheit der Religionsausübung und friedlicher
104 Versammlung. Rechtmäßige Betätigung einzelner Menschen ist von der Fortführung
105 einer verbotenen Organisation zu unterscheiden.

106 Strafbare Rekrutierung für terroristische Vereinigungen, sonstige strafbare
107 Anwerbung und die Finanzierung von Terrorismus müssen konsequent verfolgt
108 werden. Wir verlangen, dass die Bundesregierung vorhandene
109 Handlungsmöglichkeiten ausschöpft und belegte Gesetzeslücken schließt. Die
110 parlamentarische Kontrolle soll klären, wo der Vollzug hinter den rechtlichen
111 Möglichkeiten zurückbleibt.

112 Menschen dürfen auch im Exil nicht der Angst vor ihren Verfolgern ausgeliefert
113 sein. Deshalb müssen Spionage, Ausspähung von Oppositionellen, Bedrohung,
114 Nötigung, Entführungsplanung, Gewalttaten und digitale Angriffe konsequent
115 aufgeklärt werden. Das gilt für staatlich beauftragte Straftaten ebenso wie für
116 den Einsatz krimineller Mittelsleute. Ermittlungen müssen bis zu den
117 Auftraggebern reichen. Dazu sind die einschlägigen Strafnormen, einschließlich
118 der §§ 87a und 99 StGB, bei erfüllten Voraussetzungen anzuwenden. Wer akut
119 gefährdet ist, braucht unverzüglich Schutz nach seiner konkreten
120 Gefährdungslage.

121 Diplomatische Vertretungen dürfen kein Schutzraum für repressive Aktivitäten
122 sein. Das Auswärtige Amt muss diplomatisches Personal, dessen weitere
123 Anwesenheit wegen repressiver oder nachrichtendienstlicher Tätigkeiten nicht
124 hinnehmbar ist, nach den diplomatischen Regeln zur unerwünschten Person erklären
125 und seine Abberufung verlangen. Zulässige Beschränkungen von Akkreditierungen
126 und des Umfangs der Vertretung sind zu nutzen. Konsularische Hilfe und
127 notwendige Krisenkommunikation müssen erreichbar bleiben; Unverletzlichkeit und
128 bestehende Immunitäten sind zu wahren. Gegen Verantwortliche und belegte

129 Unterstützer*innen der Repression müssen bestehende Einreiseverbote und
130 einschlägige Versagungsgründe konsequent angewendet werden. Ausnahmen benötigen
131 eine rechtliche Begründung. Herkunft und Familienzugehörigkeit ersetzen keinen
132 individuellen Nachweis.

133 Wer die Macht der Repression zurückdrängen will, muss ihre wirtschaftlichen
134 Grundlagen treffen. Wir verlangen von der Bundesregierung einen wirksamen
135 Schwerpunkt gegen die Finanzierungs- und Beschaffungsnetzwerke des iranischen
136 Repressionsapparats. Die zuständigen Behörden müssen dafür ausreichend
137 ausgestattet werden und national wie europäisch zusammenarbeiten. Verschleierte
138 Eigentumsverhältnisse, Strohkonstruktionen und Sanktionsumgehung müssen
139 konsequent aufgeklärt und verfolgt werden.

140 Vermögenssperren und Finanzierungsverbote müssen auch bei verschleierter
141 wirtschaftlicher Kontrolle wirksam durchgesetzt werden. Wir fordern konsequente
142 Finanzermittlungen und die rechtmäßige Abschöpfung von Vermögen aus Straftaten.
143 Eigentumsrechte Dritter, Ansprüche Geschädigter und gerichtliche Kontrolle
144 bleiben gewahrt. Eine bloße Beschlagnahme oder Vermögenssperre erlaubt noch
145 keine Verwendung für politische Förderung. Rechtmäßige Geschäfte und humanitäre
146 Zahlungen müssen möglich bleiben.

147 Wir fordern die Bundesregierung auf, die verbotene Beschaffung von Waffen,
148 Drohnen- und Raketenkomponenten, Dual-Use-Gütern sowie Repressions- und
149 Überwachungstechnik wirksam zu unterbinden. Das muss auch für verbotene
150 technische Dienstleistungen und Umgehung über Drittstaaten gelten. Dafür braucht
151 es europäische und internationale Zusammenarbeit sowie wirksame
152 Exportkontrollen. Hochschulen und Unternehmen sollen Beratung gegen verbotenen
153 Wissenstransfer erhalten. Pauschale Ausschlüsse iranischer Forscher*innen lehnen
154 wir ab.

155 Öffentliches Geld verpflichtet. Es darf nicht rechtswidrig dazu beitragen,
156 Repression zu unterstützen. Bund, Länder und Kommunen müssen die bestehenden
157 Sanktions-, Vergabe- und Zuwendungsregeln anwenden und bei nachgewiesenen
158 Verstößen Konsequenzen ziehen: durch fallbezogen begründete Rückforderungen,
159 Kündigungen und Ausschlüsse. Wo weitergehende Ausschlussstatbestände notwendig
160 sind, müssen die entsprechenden Rechtsänderungen beschlossen werden.

161 Folter, Tötungen, sexualisierte Gewalt und Verschwindenlassen verlangen
162 Aufklärung und individuelle strafrechtliche Verantwortung. Wir schulden den
163 Betroffenen einen Rechtsstaat, der seine Möglichkeiten konsequent nutzt.
164 Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt müssen dauerhaft ausreichende
165 Kapazitäten für Iran-Sachkomplexe, strukturbezogene Ermittlungen und
166 individuelle Verfahren erhalten. Zureichende tatsächliche Anhaltspunkte sind
167 nach den gesetzlichen Maßstäben zu bearbeiten, gegen unmittelbare Täter*innen
168 ebenso wie gegen Befehlshaber und weitere Verantwortliche. Bei Aufenthalt oder
169 Einreise in Europa müssen rechtmäßige Fahndungs-, Haft- und
170 Rechtshilfemöglichkeiten rechtzeitig genutzt werden. Verfolgungsvoraussetzungen
171 und Immunitäten sind zu beachten. Über Schuld entscheiden unabhängige Gerichte.

172 Die Erfahrungen der Opfer müssen Gehör finden, Beweise müssen gesichert werden.
173 Wir wollen unabhängige Dokumentationsstellen und zuständige UN-Mechanismen
174 mehrjährig bei Sicherung, Prüfung, Übersetzung und rechtmäßiger Beweisübergabe
175 unterstützen. Betroffene brauchen medizinische Dokumentation, anwaltliche
176 Vertretung, psychosoziale Prozessbegleitung, qualifizierte Sprachmittlung und

177 grenzüberschreitenden Zeugenschutz. Gerichte sollen die gesetzlichen
178 Möglichkeiten mehrsprachiger Medieninformation nutzen. Auch wer keine Anzeige
179 erstattet oder nicht aussagen kann, muss Beratung und Behandlung erhalten
180 können.

181 Niemand darf mit einer Bedrohung alleinbleiben. Bund und Länder sollen
182 unabhängige mehrsprachige Beratung finanzieren, die Betroffene verlässlich mit
183 Polizei, Justiz und Opferhilfe verbindet. Eine verantwortliche Fallbegleitung
184 muss körperliche und digitale Bedrohung, Druck auf Angehörige und Angriffe auf
185 Einrichtungen zusammenführen. Behörden brauchen dafür Sprach- und
186 Regionalkompetenz. Hilfe darf niemals von einer Zusammenarbeit mit
187 Nachrichtendiensten abhängig gemacht werden.

188 4. Europas Gewicht für die Freiheit einsetzen

189 Ein entschlossen handelndes Europa kann den Verantwortlichen der Repression
190 Grenzen setzen. Dieses Gewicht müssen wir gemeinsam nutzen. Die Bundesregierung
191 muss mit europäischen Partnern den Druck auf Verantwortliche und
192 Repressionsressourcen ausweiten und dafür beweisgestützte Dossiers vorlegen. Wir
193 fordern weitere gerichtsfeste Sanktionen gegen verantwortliche
194 Befehlsstrukturen, Haft- und Justizverantwortliche, wirtschaftliche
195 Unterstützer*innen, Beschaffungsfirmen und Akteure transnationaler Repression.
196 Bestehende Instrumente sind auszuschöpfen, fehlende Listungskriterien gezielt zu
197 ergänzen. Tragfähige Gründe, Rechtsschutz und regelmäßige Überprüfung sind
198 Voraussetzung dafür, dass die Listungen Bestand haben.

199 Wo Geld über Grenzen fließt, müssen Ermittlungen grenzüberschreitend
200 zusammenarbeiten. Wir verlangen eine stärkere europäische Zusammenarbeit bei der
201 Aufklärung und Abschöpfung rechtswidriger Finanzströme des iranischen
202 Repressionsapparats. Nationale Zuständigkeitsgrenzen dürfen seine Netzwerke
203 nicht praktisch schützen.

204 Nachgewiesene Umgehungsnetzwerke in Handel, Luftfahrt, Schifffahrt, Versicherung
205 und Zahlungsverkehr müssen konsequent verfolgt werden. Wir fordern die
206 Bundesregierung auf, mit europäischen Partnern Vollzugslücken zu schließen und
207 erforderliche zusätzliche Beschränkungen auf den Weg zu bringen. Maßnahmen
208 außerhalb eigener Hoheitsgewalt müssen völkerrechtlich gedeckt sein.

209 Europäische Ausfuhr- und Dienstleistungsbeschränkungen müssen mit den
210 technischen Möglichkeiten digitaler Repression Schritt halten. Belegte Lücken
211 bei Überwachungssoftware, technischen Dienstleistungen und Zwischenhandel sind
212 zu schließen. Zugleich brauchen zivile Kommunikation, Sicherheitsupdates und
213 unabhängige Forschung klare Ausnahmen und nutzbare Genehmigungswege. Bestehende
214 Handels- und Finanzbeschränkungen sind konsequent anzuwenden und bei
215 dokumentierter Umgehung oder Zielverfehlung anzupassen. Sanktionen sollen
216 konkret benannte Repressions-, Beschaffungs- und Finanzierungsstrukturen
217 treffen. Ihre Wirksamkeit und ihre Folgen für Versorgung, Beschäftigte und
218 unabhängige Organisationen müssen überprüft werden. Vermeidbare
219 Versorgungssperren schwächen die Menschen, deren Handlungsfähigkeit wir stärken
220 wollen.

221 Für uns gehören Menschenrechte ins Zentrum jeder Iranpolitik. Zusätzliche
222 staatliche wirtschaftliche Vergünstigungen und politische Aufwertung müssen

223 deshalb an überprüfbare Fortschritte bei Menschenrechten, Freilassungen und der
224 Beendigung transnationaler Repression gebunden sein. Menschenrechtssanktionen
225 dürfen nicht sachfremd gegen nukleare Zugeständnisse verrechnet werden;
226 Änderungen müssen den jeweiligen Zielen und Rechtsgrundlagen entsprechen.
227 Zugleich bleibt diplomatische Arbeit notwendig, um Gefangene freizubekommen,
228 humanitäre Hilfe zu ermöglichen, IAEA-Kontrolle zu sichern und militärische
229 Eskalation zu verhindern.

230 Europa muss für demokratische Kräfte ein verlässlicher Partner sein. Wir setzen
231 uns für eine europäische Finanzierungspartnerschaft für demokratischen Wandel
232 und einen regelmäßigen politischen Dialog mit unterschiedlichen demokratischen
233 iranischen Kräften ein. Die Bundesregierung muss dafür konkrete Initiativen
234 vorlegen und europäische Mehrheiten gewinnen. Unsere Europaabgeordneten sollen
235 ihren parlamentarischen und haushalterischen Einfluss für verlässliche
236 Unterstützung und wirksame Kontrolle einsetzen. Ein Alleinvertretungsrecht für
237 einzelne Gruppen lehnen wir ab.

238 5. Demokratischen Aufbruch ermöglichen, 239 Verantwortung vorbereiten

240 Aus dem Mut zum Widerstand muss die Kraft zur demokratischen Veränderung wachsen
241 können. Dafür fordern wir das eigenständige, zusätzlich finanzierte und
242 mehrjährig angelegte Programm „Demokratische Zukunft Iran“. Es soll
243 demokratische Kräfte im Iran und im Exil dauerhaft stärken: beim Aufbau ihrer
244 Organisationen, bei gewaltfreier gesellschaftlicher Mobilisierung und bei der
245 Vorbereitung auf politische Verantwortung.

246 Eine langfristige institutionelle Förderung soll Personal, sichere
247 Arbeitsmöglichkeiten und fachliche Beratung finanzieren. Wir stärken
248 demokratische Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften
249 in ihrer eigenständigen Arbeit und freiwilligen Zusammenarbeit. Dazu gehören
250 Organisationsentwicklung und Konfliktvermittlung ebenso wie politische Bildung,
251 unabhängige Interessenvertretung, friedliche Versammlungen, Kampagnen und
252 gewerkschaftliches Engagement.

253 Politische Programmarbeit und praktische Vorbereitung gehören zusammen.
254 Vergütete Facharbeit, Stipendien und der Austausch mit erfahrenen
255 Praktiker*innen sollen auf Aufgaben in Regierung, Parlament und Verwaltung
256 vorbereiten. Demokratische Kräfte sollen ihre Antworten auf soziale Sicherheit,
257 Wirtschaft, Umwelt und öffentliche Versorgung entwickeln, fachlich prüfen und
258 öffentlich zur Diskussion stellen. Dazu gehört die Arbeit an unterschiedlichen
259 Übergangsszenarien, damit grundlegende Versorgung und zivile Verwaltung auch in
260 einer demokratischen Öffnung weiter funktionieren. Lokales Wissen und Erfahrung
261 aus der Diaspora sollen gleichberechtigt einfließen. Politische Inhalte
262 bestimmen die iranischen Beteiligten selbst; ein Mandat verleiht die Förderung
263 niemandem.

264 Demokratische Institutionen müssen von Anfang an mitgedacht werden: freie Wahlen
265 und verfassungsgebende Verfahren, transparente Parteien- und
266 Wahlkampffinanzierung, unabhängige Justiz, parlamentarische Kontrolle und
267 kommunale Mitbestimmung sowie zivile Kontrolle der Sicherheitskräfte. Dazu
268 gehören begrenzte Übergangsbefugnisse, wirksame Beschwerdeverfahren und die

269 eigenständige Beteiligung von Opferorganisationen an Aufarbeitung und
270 Entschädigung. Individuelle Verantwortungsprüfung schützt vor pauschalen
271 Säuberungen.

272 Ein unabhängig verwalteter Solidaritätsfonds soll Verfolgten, politischen
273 Gefangenen, ihren Angehörigen und wegen friedlicher gewerkschaftlicher Tätigkeit
274 bedrohten Menschen Existenzhilfe, Rechtsbeistand sowie medizinische und
275 psychosoziale Unterstützung eröffnen. Für rechtmäßige Hilfe bei streikbedingtem
276 Einkommensverlust verlangen wir geeignete Förderwege. Bedürftigkeit und
277 Gefährdung entscheiden über die Hilfe; die Teilnahme an gewünschten politischen
278 Aktionen darf keine Voraussetzung sein.

279 Freie Medien, Exilredaktionen und sichere Kommunikation sind unverzichtbar. Ihre
280 Förderung soll unabhängige Berichterstattung, die Prüfung und zugängliche
281 Verbreitung von Informationen, wirksame Zensurumgehung und digitale Notfallhilfe
282 ermöglichen. Angebote müssen dauerhaft nutzbar sein und auf veränderte
283 Bedingungen reagieren können. Redaktionelle Unabhängigkeit, gesellschaftliche
284 Vielfalt sowie Sicherheit und Anonymität der Nutzer*innen sind zu gewährleisten.
285 Bezahlte Desinformation, fingierte Unterstützung und Einschüchterung
286 demokratischer Konkurrent*innen schließen wir aus.

287 Unterschiedliche demokratische iranische Kräfte müssen die Förderung
288 mitgestalten und bewerten können. Frauen sollen in den Entscheidungsgremien
289 gemeinsam geförderter Strukturen mindestens paritätisch vertreten sein. Junge
290 Menschen und gesellschaftlich benachteiligte Gruppen brauchen wirksame
291 Mitsprache über Inhalte und Ressourcen sowie zugängliche Unterstützung für ihre
292 eigenständige Organisation. Transparente Vergabe, unabhängige Beschwerden und
293 Kontrolle der Mittelverwendung sichern die Förderung ab. Unterstützung darf
294 keine politische Gefolgschaft gegenüber deutschen Parteien oder einzelnen
295 Exilführungen verlangen.

296 Die Bundesregierung muss mit europäischen Partnern, Banken und unabhängigen
297 Trägern rechtssichere, praktisch nutzbare Genehmigungs- und Zahlungswege
298 schaffen und erforderliche Rechtsänderungen voranbringen. Geltende Sanktionen
299 sind zu beachten. Für eine demokratische Öffnung soll sie zivile Fachberatung,
300 humanitäre Versorgung und technische Hilfe vorbereiten. Deren Einsatz richtet
301 sich nach einer legitimierten iranischen Anfrage und bleibt an iranische
302 Selbstbestimmung und demokratische Kontrolle gebunden.

303 6. Unser Schutzversprechen einlösen

304 Wer vor Verfolgung flieht, muss bei uns Schutz finden. Niemand darf in Folter
305 oder andere verbotene Misshandlung abgeschoben werden. Wir fordern einen
306 zwischen Bund und Ländern abgestimmten Abschiebungsstopp nach Iran auf
307 tragfähiger Rechtsgrundlage. Individuelle Schutzansprüche bleiben davon
308 unberührt. Auch über Drittstaaten darf niemand der Verfolgung ausgeliefert
309 werden. Bund und Länder müssen verhindern, dass Lücken in ihren Regelungen den
310 Schutz gefährden.

311 Unser Schutzversprechen muss einen sicheren Weg aus der Gefahr eröffnen. Wir
312 verlangen sichere, verlässlich finanzierte Aufnahmewege für akut gefährdete
313 Menschen und bedrohte Angehörige. Bund und Länder müssen ihre Verfahren so
314 abstimmen, dass Schutz tatsächlich erreichbar ist und verbindliche

315 Aufnahmezusagen umgesetzt werden. Aufnahme darf nicht allein von privaten
316 Verpflichtungsgebern abhängen.

317 Schutz muss Menschen wieder ermöglichen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.
318 Gefährdete Personen brauchen rechtzeitig vor Ablauf von Visa und
319 Aufenthaltstiteln Beratung, Zugang zu Härtefallverfahren und zu einschlägigen
320 regulären Aufenthaltsperspektiven. Unzumutbare Kontakte mit Verfolgerbehörden
321 sind im Einzelfall zu vermeiden; gesetzliche Möglichkeiten alternativer
322 Identitätsnachweise und Reisedokumente müssen ausgeschöpft werden. Wir wollen
323 Arbeitsmöglichkeiten und Qualifikationsanerkennung sowie die Fortsetzung
324 journalistischer, wissenschaftlicher und politischer Tätigkeit im jeweiligen
325 Rechtsrahmen ermöglichen.

326 Wer Schutz sucht, hat ein Recht darauf, mit seiner Geschichte gehört zu werden.
327 Das BAMF muss seine Iran-Erkenntnisse fortlaufend aktualisieren und Anhörungen
328 und Entscheidungen fachlich überprüfen. Politische und geschlechtsspezifische
329 Verfolgung, Religion, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität, ethnische
330 Diskriminierung und Risiken durch Exilaktivitäten müssen sorgfältig gewürdigt
331 werden. Unabhängige Beratung, qualifizierte Sprachmittlung und wirksamer
332 Rechtsschutz gehören dazu. Entscheidend ist der individuelle Schutzbedarf; eine
333 politisch festgesetzte Schutzquote ersetzt diese Prüfung nicht.

334 Die Folgen von Verfolgung enden nicht mit der Flucht. Schwerverletzte und
335 traumatisierte Menschen brauchen erreichbare Behandlung, Nachsorge und
336 Sprachmittlung. Wir fordern medizinische Aufnahmeangebote mit verlässlicher
337 Versorgung und gesichertem Aufenthalt während der notwendigen Behandlung. In
338 gefährlichen Drittstaaten wollen wir über unabhängige Partner Unterkunft,
339 Rechtsbeistand, Gesundheitsversorgung und sichere Kontakte ermöglichen. Niemand
340 darf für Hilfe gefährdende Netzwerke offenlegen müssen.

341 Politische Gefangene und ihre Angehörigen dürfen nicht in Vergessenheit geraten.
342 Wir verlangen die Freilassung aller Menschen, die wegen friedlicher
343 Rechtsausübung inhaftiert sind, das Ende von Folter und Todesstrafe sowie Zugang
344 zu Verteidigung und medizinischer Versorgung. Das Auswärtige Amt muss in
345 konsularisch betreuten Fällen verlässliche Fallführung, Angehörigenkontakte und
346 Nachsorge sichern und für weitere politische Gefangene geeignete diplomatische
347 und humanitäre Wege verfolgen. Prozessbeobachtung, medizinische Hilfe und
348 Unterstützung der Angehörigen müssen unser öffentliches Eintreten begleiten.
349 Abgeschlossene Geiselfälle sind unter Schutz der Betroffenen parlamentarisch
350 auszuwerten.

351 7. Wir setzen uns für Schutz und verlässliche 352 Unterstützung ein

353 Wer unsere Unterstützung sucht, soll sich auf sie verlassen können. Dafür
354 braucht es politischen Willen, ausreichende Mittel und Regeln, die Hilfe
355 ermöglichen. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns in Bundestag, Europäischem
356 Parlament und Ländern dafür ein, diese Voraussetzungen zu schaffen. Gemeinsam
357 mit demokratischen Partnern wollen wir Mehrheiten gewinnen, die Bundesregierung

358 zum Handeln bewegen und notwendige Änderungen im Haushalt und in den Gesetzen
359 voranbringen. Dabei leiten uns folgende Anliegen:

- 360 • Unterstützung, auf die Menschen bauen können. Mit einem eigenständigen,
361 zusätzlich und mehrjährig finanzierten Programm „Demokratische Zukunft
362 Iran“ wollen wir langfristige Organisationsarbeit und politische
363 Programmentwicklung ermöglichen. Wir setzen uns für eine Ausstattung ein,
364 die den tatsächlichen Bedarf deckt, und wollen zusätzliche europäische
365 Beiträge gewinnen. Auch Justiz, Polizei, Aufnahme und gesetzliche
366 Versorgungsansprüche brauchen eine verlässliche, eigenständige
367 Finanzierung.
- 368 • Förderung, die Eigenständigkeit stärkt. Zivilgesellschaft, Gewerkschaften,
369 politische Bildung und demokratische Zusammenschlüsse brauchen
370 verlässliche Zugänge zu Unterstützung. Wir wollen rechtliche Hindernisse
371 abbauen und fehlende Grundlagen schaffen. Transparente Entscheidungen und
372 unabhängige Kontrolle sollen Vertrauen sichern und die Selbstständigkeit
373 der Geförderten schützen. Für die Unterstützung politischer Parteien im
374 Ausland gelten besondere rechtliche Voraussetzungen.
- 375 • Menschenrechtsarbeit als gemeinnützig anerkennen. Wir setzen uns dafür
376 ein, den [Zweckkatalog der Abgabenordnung](#) um Menschenrechtsschutz sowie
377 gewaltfreie demokratische Teilhabe und Selbstorganisation im In- und
378 Ausland zu erweitern. Dazu gehört, Menschen und Organisationen zur
379 Wahrnehmung und Verteidigung ihrer Rechte zu befähigen, einschließlich der
380 darauf gerichteten öffentlichen Interessenvertretung und Kampagnenarbeit.
381 Diese Reform soll grenzüberschreitende Zusammenarbeit erleichtern und die
382 Grenzen gemeinnütziger Parteienförderung wahren.
- 383 • Gewaltfreies Engagement ermöglichen. Wir wollen Menschen unterstützen,
384 deren Existenz durch die Teilnahme an Streiks bedroht ist, und gewaltfreie
385 demokratische Selbstorganisation stärken. Dafür wollen wir tragfähige
386 Förderwege in Deutschland und Europa eröffnen. Humanitäre Hilfe,
387 Organisationsförderung und direkte Unterstützung politischer Aktionen
388 brauchen jeweils passende rechtliche Grundlagen. Neue Wege der
389 Aktionsfinanzierung müssen mit Förderrecht, Sanktionen und dem
390 völkerrechtlichen Interventionsverbot vereinbar sein.
- 391 • Den Netzwerken der Repression Grenzen setzen. Wir setzen uns dafür ein,
392 verschleierte wirtschaftliche Kontrolle und Sanktionsumgehung wirksamer zu
393 bekämpfen. Wo bestehende Möglichkeiten nicht ausreichen, wollen wir
394 gezielt nachbessern. Dazu gehören angemessene Transparenzregeln für
395 staatlich gelenkte Geldflüsse aus dem Ausland und eine bessere
396 Zusammenarbeit der Behörden. Rechtsschutz und die freie internationale
397 Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft müssen gewahrt bleiben.
- 398 • Menschen vor Einschüchterung und Verfolgung schützen. Rechtswidrige
399 Rekrutierung und transnationale Repression müssen konsequent verfolgt
400 werden. Wir wollen parlamentarisch darauf hinwirken, dass vorhandene
401 Gesetze wirksam angewandt und nachgewiesene Lücken geschlossen werden.
402 Maßstab ist konkretes Unrecht. Politische Überzeugungen,

Religionszugehörigkeit und friedliche Kontakte dürfen niemanden unter Generalverdacht stellen.

- Vermögen der Repression für demokratische Arbeit nutzbar machen. Wir wollen die Möglichkeiten zur [gemeinnützigen Verwendung eingezogenen Vereinsvermögens](#) ausschöpfen und die notwendigen Rechts- und Haushaltsg Grundlagen für weitergehende demokratische Oppositionsarbeit schaffen. Dafür kommen nur rechtmäßig und endgültig eingezogene Werte infrage. Dabei schützen wir berechnigte Ansprüche Geschädigter und Dritter und achten internationale Vorgaben. Bloß beschlagnahmte oder eingefrorene Werte stehen dafür nicht zur Verfügung. Opferhilfe und reguläre Demokratieförderung brauchen unabhängig davon verlässliche Mittel.
- Europäische Solidarität gemeinsam tragen. Wir wollen mit unseren europäischen Partnern Unterstützung für demokratische Kräfte im Iran verlässlich finanzieren und den Verantwortlichen der Repression wirksam entgegentreten. Dafür setzen wir uns für gemeinsame Initiativen, wirksame Kontrolle und die erforderlichen europäischen Rechtsänderungen ein. Zusätzliche Sanktionen wollen wir über die zuständigen europäischen Organe voranbringen.

8. Mit praktischer Solidarität Freiheit stärken

In Zeiten, in denen autoritäre Kräfte erstarken und soziale Kälte Menschen voneinander trennt, setzen wir Grüne auf praktische Solidarität. Wer Tyrannei entgegentritt und für Menschenrechte und Freiheit sein Leben riskiert, soll mit der Suche nach Unterstützung nicht allein bleiben. Wir wollen dazu beitragen, dass aus Mut gemeinsame Handlungsfähigkeit wird: durch Schutz, verlässliche Begleitung und die Möglichkeit, sich selbst zu organisieren.

Unsere Solidarität beginnt mit Zuhören. Wir machen unsere Angebote zugänglich und begleiten diejenigen, die unsere Unterstützung suchen. Ob und wie sie diese annehmen, entscheiden sie selbst. Ihre Ziele, ihre politischen Bündnisse und die Zukunft ihrer Gesellschaft bleiben in ihrer Hand. Wir stehen ihnen mit Wissen, Kontakten und Ressourcen zur Seite und stärken ihre Fähigkeit, eigenständig zu handeln.

Die Unterstützung demokratischer Kräfte im Iran ist Teil dieses internationalen Selbstverständnisses. Menschen, die andernorts gewaltfrei für gleiche Rechte und politische Freiheit eintreten und sich an uns wenden, sollen ebenso verlässliche Angebote finden. Unsere Zusammenarbeit lebt vom Respekt vor demokratischer Vielfalt und den unterschiedlichen Erfahrungen der Beteiligten.

Wir Grüne wollen solche Angebote dauerhaft verankern. Der Bundesvorstand und die zuständigen Bundesarbeitsgemeinschaften sollen für hilfeschende demokratische Initiativen ansprechbar sein, Austausch ermöglichen und auf Wunsch Kontakte zu zivilgesellschaftlichen und europäischen Partnern vermitteln. Frauen, junge Menschen und gesellschaftlich benachteiligte Gruppen müssen diese Zusammenarbeit gleichberechtigt mitgestalten können. Unsere Fraktionen sollen auf allen Ebenen für Schutz, erreichbare Förderwege und verlässliche Finanzierung streiten. Wo wir Regierungsverantwortung tragen, setzen wir unsere Möglichkeiten dafür ein.

447 Davon profitieren wir alle. Wo Menschen sich frei zusammenschließen, einander
448 beistehen und gleiche Rechte verteidigen können, gewinnen Demokratie und
449 gesellschaftlicher Zusammenhalt an Kraft. Jede gelungene Zusammenarbeit
450 widerspricht der Vorstellung, dass am Ende nur die Macht des Stärkeren zählt.
451 Für uns Grüne gehören Menschenwürde, Freiheit und soziale Gerechtigkeit
452 zusammen. Deshalb machen wir Angebote, auf die Menschen bauen können. Und stehen
453 an ihrer Seite, wenn sie unsere Unterstützung suchen.

454 Begründung

455 Eine demokratische Iranpolitik muss den Menschen helfen, die Herrschaft des
456 Repressionsapparats zu überwinden und eine tragfähige politische Alternative
457 aufzubauen. Dazu gehören der Schutz vor Einschüchterung, die Begrenzung
458 rechtswidriger Handlungsmöglichkeiten des Regimes im Ausland, gesellschaftliche
459 Selbstorganisation und die praktische Vorbereitung auf demokratische
460 Verantwortung. Der Antrag verbindet diese Aufgaben mit klaren politischen
461 Forderungen und parlamentarischen Aufträgen.

462 Das Europawahlprogramm 2024 benennt bereits das Recht auf Hilfe, die
463 längerfristige Förderung demokratischer Bewegungen und die Unterstützung der
464 iranischen Opposition. Die Weiterentwicklung liegt in verbindlichen
465 Auswahlkriterien, institutioneller Finanzierung, eigenständiger Programmarbeit,
466 Unterstützung gewaltfreier gesellschaftlicher Mobilisierung und einem
467 parlamentarischen Arbeitsauftrag. Entscheidend ist die wirksame Verbindung und
468 Durchführung dieser Maßnahmen; nicht jede einzelne Forderung ist neu.

469 Demokratische Förderung braucht nachvollziehbare Voraussetzungen. Wer anderen
470 demokratischen Strömungen gleiche Rechte verweigert, schafft keine Grundlage für
471 einen pluralistischen Übergang. Langfristige Organisationsförderung muss
472 zugleich Raum für neue und kleinere Initiativen lassen. Humanitärer Schutz
473 richtet sich nach Bedürftigkeit und Gefährdung; er darf nicht von politischer
474 Nähe oder organisatorischer Stärke abhängen.

475 Der Antrag richtet die Politik auf die demokratische Ablösung des Regimes aus
476 und bindet die Maßnahmen an rechtsstaatliche Verfahren und iranische
477 Selbstbestimmung. Sanktionen und Förderung können Voraussetzungen für
478 Veränderung verbessern; ihren Zeitpunkt können sie nicht verlässlich
479 vorhersagen. Die iranische Gesellschaft bleibt die handelnde Kraft des Wandels.

Einfache Sprache

480 Mit Unterstützung von KI erstellt.

481 Für einen freien Iran: Menschen schützen, Demokratie stärken

482 Wir Grüne wollen einen freien und demokratischen Iran. Wir wollen bedrohte
483 Menschen schützen und demokratische Organisationen stärken. Wir wollen den
484 Verantwortlichen die Mittel nehmen, mit denen sie Menschen unterdrücken. Über
485 die Zukunft ihres Landes entscheiden die Menschen im Iran selbst.

486 Der Antrag umfasst acht Aufgaben:

- 487 1. An der Seite der Menschen im Iran stehen.
- 488 2. Demokratische Vielfalt und Zusammenarbeit stärken.
- 489 3. Unterdrückung bekämpfen und Menschen schützen.
- 490 4. Gemeinsam mit Europa handeln.
- 491 5. Demokratische Kräfte auf politische Verantwortung vorbereiten.
- 492 6. Schutz vor Verfolgung sichern.
- 493 7. Geld, Gesetze und politische Mehrheiten sichern.
- 494 8. Solidarität im Alltag umsetzen.

495 1. An der Seite der Menschen im Iran stehen

496 Alle Menschen sollen über ihr Leben selbst bestimmen können. Sie sollen ihre
497 Meinung frei sagen können. Sie sollen sich zusammenschließen und gemeinsam etwas
498 verändern können. Im Iran verfolgt und bedroht die politische Führung Menschen,
499 die diese Rechte einfordern.

500 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen an ihrer Seite. Wir unterstützen Menschen, die die
501 religiöse Diktatur überwinden wollen. Unser Ziel ist ein freier und
502 demokratischer Iran. Niemand soll wegen seiner Überzeugungen, seines Geschlechts
503 oder seiner Lebensweise Angst haben müssen.

504 Wir wollen einen gewaltfreien Wechsel zu einer demokratischen Regierung
505 unterstützen. Die iranische Gesellschaft muss diesen Wandel selbst tragen. Wir
506 wollen den Verantwortlichen Geld, Organisationen und Technik entziehen, mit
507 denen sie Menschen unterdrücken.

508 Gleichzeitig wollen wir demokratische Kräfte stärken. Dazu gehören Menschen,
509 Organisationen und Initiativen, die für gleiche Rechte und demokratische
510 Entscheidungen eintreten. Sie sollen sich dauerhaft organisieren,
511 zusammenarbeiten und Unterstützung gewinnen können. Sie sollen sich auf
512 Verantwortung in Regierung, Parlament und Verwaltung vorbereiten können.

513 Unser Europawahlprogramm 2024 bekräftigt das Recht auf Unterstützung. Menschen
514 dürfen Hilfe verlangen und erhalten, um ihre Menschenrechte zu schützen. Dieses
515 Versprechen gilt auch für die Menschen im Iran. Die Hilfe muss Verfolgte und
516 demokratische Organisationen erreichen. Auch Bündnisse sollen Unterstützung
517 erhalten, wenn sie sich auf politische Verantwortung vorbereiten.

518 Für uns gehören zu einem demokratischen Iran:

- 519 • gleiche Rechte für alle Menschen;
- 520 • freie Wahlen und friedliche Regierungswechsel;
- 521 • unabhängige Gerichte;
- 522 • eine klare Aufteilung und wirksame Kontrolle staatlicher Macht;
- 523 • die Freiheit, eine Religion auszuüben, zu wechseln oder ohne Religion zu
- 524 leben;
- 525 • die Freiheit, eigene Überzeugungen zu haben;
- 526 • gleiche Rechte für alle Geschlechter;
- 527 • der Schutz von Minderheiten.

528 Religiöse Autoritäten dürfen demokratische Entscheidungen nicht ohne
529 demokratische Kontrolle blockieren. Dasselbe gilt für andere Machthaber, deren
530 Macht nicht auf demokratischen Entscheidungen beruht.

531 Über die Staatsform und die Verfassung entscheiden die Menschen im Iran selbst.
532 Eine Verfassung legt die grundlegenden Regeln eines Staates und die Rechte der
533 Menschen fest. Wir lehnen einen Machtwechsel durch militärische Gewalt von außen
534 ab. Ausländische Staaten dürfen dem Iran keine politische Führung vorgeben. Wir
535 lehnen es auch ab, bewaffnete Gruppen für ausländische Machtinteressen
536 einzusetzen.

537 Deutschland und Europa müssen ihre Möglichkeiten nutzen. Sie müssen Verfolgung
538 verhindern, illegale Geldflüsse stoppen und bedrohte Menschen schützen. Sie
539 müssen demokratische Organisationen dauerhaft unterstützen. Daran wollen wir
540 unsere Iranpolitik messen.

541 Sanktionen und Unterstützung können die Bedingungen für demokratischen Wandel
542 verbessern. Sie können nicht sicher bestimmen, wann dieser Wandel gelingt. Die
543 iranische Gesellschaft bleibt die entscheidende Kraft.

544 2. Demokratische Vielfalt und Zusammenarbeit 545 stärken

546 In einem demokratischen Iran müssen unterschiedliche politische Überzeugungen
547 Platz haben. Wer Demokratie fordert, muss anderen dieselben Rechte zugestehen.
548 Dazu gehören friedlicher Streit, Zusammenarbeit und die Bereitschaft,
549 Verantwortung zu teilen.

550 Wir unterstützen iranische Organisationen und Initiativen, die diese Grundsätze
551 selbst beachten. Dazu gehören zum Beispiel:

- 552 • demokratische Parteien und Bewegungen;
- 553 • unabhängige Gewerkschaften;
- 554 • Frauen- und Jugendorganisationen;
- 555 • Vertretungen von Studierenden;
- 556 • örtliche Netzwerke und berufliche Zusammenschlüsse;
- 557 • Organisationen benachteiligter Gruppen.

558 Für die Förderung demokratischer Organisationen gelten klare Grenzen. Gruppen
559 dürfen keine solche Förderung erhalten, wenn sie politische Vielfalt
560 systematisch bekämpfen. Das gilt auch, wenn sie anderen demokratischen Kräften
561 gleiche Rechte verweigern. Ebenso gilt es für Gruppen, die einer Führung
562 dauerhaft Macht ohne wirksame Kontrolle sichern wollen.

563 Bekanntheit, große Demonstrationen oder einflussreiche Unterstützer ändern diese
564 Regeln nicht. Hilfe in Notlagen richtet sich dagegen nach Bedürftigkeit und
565 Gefährdung.

566 Die Menschen im Iran entscheiden, ob ihr Land eine Monarchie oder eine Republik
567 wird. In einer Monarchie gibt es einen König oder eine Königin als
568 Staatsoberhaupt. In einer Republik gibt es kein erbliches Königsamt.
569 Entscheidend sind demokratische Entscheidungen, gleiche Rechte und wirksame
570 Kontrolle der Macht.

571 Die Menschen entscheiden auch, wie viel Verantwortung die Regionen selbst
572 übernehmen. Deutsche Stellen, die Fördergeld vergeben, dürfen diese
573 Entscheidungen nicht vorgeben.

574 Neue und kleine Initiativen brauchen eine faire Chance. Das gilt auch, wenn sie
575 noch keinen Verein oder eine andere feste Organisation gegründet haben. Sie
576 sollen Beratung und Hilfe beim Aufbau erhalten. Entscheidend sind ihr
577 glaubwürdiger Einsatz für Demokratie und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit.
578 Sie müssen andere demokratische Positionen respektieren.

579 Über Fördergeld müssen unabhängige Stellen nach öffentlich nachvollziehbaren
580 Regeln entscheiden. Unterschiedliche demokratische iranische Kräfte sollen daran
581 beteiligt sein.

582 3. Unterdrückung bekämpfen und Menschen schützen

583 Wer in Deutschland Schutz vor dem iranischen Regime sucht, muss frei und sicher
584 leben können. Mit dem Regime meinen wir die politische Führung und die
585 Machtstrukturen, die die Diktatur tragen.

586 Die Bundesregierung muss bestehende Gesetze konsequent anwenden. Polizei,
587 Gerichte und andere zuständige Behörden brauchen genügend Personal und

588 Fachwissen. Maßnahmen müssen auf belegbaren Tatsachen beruhen. Gerichte müssen
589 ihre Rechtmäßigkeit überprüfen können.

590 Die Tätigkeit der Revolutionsgarden verbieten

591 Wir fordern die Bundesregierung auf, ein nationales Betätigungsverbot der
592 iranischen Revolutionsgarden mit höchster Priorität voranzutreiben. Die
593 Revolutionsgarden gehören zum militärischen Machtapparat des Regimes. Ein
594 Betätigungsverbot untersagt einer Organisation, in Deutschland tätig zu sein.

595 Das Verbot soll auch Unterdrückungsstrukturen erfassen, die den
596 Revolutionsgarden nach dem Gesetz zugeordnet werden können. Sobald die
597 gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, muss die Bundesregierung die Verbote
598 erlassen. Die Begründung muss einer Prüfung durch Gerichte standhalten.

599 Die Bundesregierung muss dem Bundestag über Fortschritte und rechtliche
600 Hindernisse berichten. Unsere Abgeordneten im Bundestag bilden die grüne
601 Bundestagsfraktion. Sie soll kontrollieren, ob die Bundesregierung handelt und
602 die Behörden die Verbote wirksam umsetzen.

603 Bestehende Verbote durchsetzen

604 Behörden müssen bestehende Verbote umsetzen, sobald sie diese rechtlich
605 durchsetzen dürfen. Das gilt auch für das Islamische Zentrum Hamburg und die vom
606 Verbot erfassten Teilorganisationen.

607 Verbotene Organisationen dürfen ihre Arbeit nicht unter einem neuen Namen
608 fortsetzen. Sie dürfen auch keine andere Organisation vorschieben, um
609 weiterzuarbeiten. Sogenannte Ersatzorganisationen setzen die Arbeit einer
610 verbotenen Organisation fort. Die Behörden müssen dagegen vorgehen, wenn die
611 gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

612 Behörden müssen auch verfolgen, wenn Verantwortliche Vermögen verschieben, um
613 das Verbot zu umgehen.

614 Endgültig eingezogenes Vermögen für Demokratie nutzen

615 Vermögen umfasst zum Beispiel Geld, Gebäude und Anteile an Unternehmen. Bei
616 einer Einziehung entzieht der Staat dauerhaft das Eigentum an diesem Vermögen.

617 Wir wollen Vermögen verbotener Regimestrukturen für demokratische Arbeit nutzen.
618 Dafür darf nur Vermögen verwendet werden, das der Staat rechtmäßig und endgültig
619 eingezogen hat. Die vorgesehenen Möglichkeiten, gegen die Einziehung vorzugehen,
620 müssen abgeschlossen oder abgelaufen sein.

621 Die zuständigen Behörden sollen dieses Vermögen verwerten. Dazu können sie zum
622 Beispiel Gebäude und Anteile an Unternehmen verkaufen. Zuerst müssen sie
623 berechnete Ansprüche erfüllen und die rechtliche Abwicklung abschließen. Dazu
624 gehören Ansprüche von Menschen und Unternehmen, denen die Organisation
625 rechtmäßig Geld schuldet.

626 Die verbleibenden Mittel sollen zusätzlich in das Programm „Demokratische
627 Zukunft Iran“ fließen. Es soll demokratische Organisationen beim Aufbau und bei

628 der Zusammenarbeit unterstützen. Es soll auch ihre Vorbereitung auf politische
629 Verantwortung finanzieren.

630 Für diese Verwendung brauchen wir passende Gesetze und Regeln im staatlichen
631 Haushalt. Der staatliche Haushalt legt fest, wofür öffentliche Stellen Geld
632 ausgeben dürfen. Die Bundesregierung und die zuständigen Parlamente müssen diese
633 Grundlagen schaffen.

634 Behörden müssen verschobenes Organisationsvermögen nach den gesetzlichen Regeln
635 zurückholen. Das gilt auch, wenn Mitglieder, Funktionäre oder vorgeschobene
636 Personen es erhalten haben.

637 Für privates Vermögen gelten eigene gesetzliche Voraussetzungen. Die
638 Mitgliedschaft in einer Organisation erlaubt keinen Zugriff auf das gesamte
639 persönliche Vermögen.

640 Die Freiheit der Religion und friedliche Versammlungen bleiben geschützt.
641 Einzelne Menschen dürfen erlaubte Tätigkeiten weiter ausüben. Sie dürfen dabei
642 keine verbotene Organisation fortführen.

643 Bedrohung, Spionage und Gewalt verfolgen

644 Ermittlungsbehörden müssen strafbare Anwerbung für terroristische Vereinigungen
645 konsequent verfolgen. Dabei geht es darum, neue Mitglieder oder Unterstützer zu
646 gewinnen. Sie müssen auch strafbare Finanzierung von Terrorismus und andere
647 strafbare Anwerbung verfolgen.

648 Die Bundesregierung muss bestehende rechtliche Möglichkeiten nutzen.
649 Nachgewiesene Lücken in den Gesetzen muss sie schließen helfen. Der Bundestag
650 soll kontrollieren, wo Behörden ihre Möglichkeiten nicht ausreichend nutzen.

651 Auch außerhalb des Iran müssen Menschen vor Verfolgung sicher sein. Behörden
652 müssen Spionage und das Ausspähen von Gegnern des Regimes aufklären. Sie müssen
653 Bedrohungen, Gewalt, Entführungspläne und digitale Angriffe verfolgen. Das gilt
654 auch, wenn Menschen rechtswidrig zu einem Verhalten gezwungen werden.

655 Ermittlungen müssen auch staatliche Auftraggeber erfassen. Sie dürfen nicht bei
656 den Personen enden, die einen Auftrag ausführen. Das gilt besonders, wenn
657 staatliche Stellen kriminelle Mittelsleute einsetzen.

658 Die Behörden müssen passende Strafgesetze anwenden, wenn deren Voraussetzungen
659 erfüllt sind. Dazu gehören die Paragraphen 87a und 99 des Strafgesetzbuchs. Diese
660 betreffen unter anderem rechtswidrige Taten im Auftrag ausländischer staatlicher
661 Stellen und geheimdienstliche Tätigkeit.

662 Akut gefährdete Menschen brauchen sofort Schutz. Die Schutzmaßnahmen müssen zu
663 ihrer tatsächlichen Gefährdung passen.

664 Diplomatische Möglichkeiten nutzen

665 Botschaften und andere diplomatische Vertretungen dürfen nicht der Unterdrückung
666 oder Verfolgung dienen. Hilft diplomatisches Personal bei solchen Aktivitäten
667 oder bei Spionage, muss das Auswärtige Amt handeln. Das gilt, wenn seine weitere
668 Anwesenheit nicht hinnehmbar ist.

669 Das Auswärtige Amt muss die betreffenden Personen nach den diplomatischen Regeln
670 für unerwünscht erklären. Es muss ihre Abberufung verlangen. Das bedeutet: Der
671 Staat, den diese Personen vertreten, muss sie zurückrufen.

672 Das Auswärtige Amt soll rechtlich erlaubte Beschränkungen für diplomatisches
673 Personal nutzen. Dazu gehören Regeln für seine Zulassung und die Größe der
674 Vertretungen.

675 Hilfe für Staatsangehörige im Ausland muss erreichbar bleiben. Ebenso müssen
676 notwendige Kontakte in Krisen möglich bleiben.

677 Die besonderen Schutzregeln für diplomatisches Personal und Vertretungen gelten
678 weiter. Dazu gehört die Immunität. Sie schützt bestimmte Personen vor bestimmten
679 staatlichen Maßnahmen und Verfahren. Auch geschützte Gebäude dürfen Behörden
680 nicht einfach betreten oder durchsuchen.

681 Zuständige Behörden müssen bestehende Einreiseverbote konsequent anwenden. Sie
682 müssen auch andere gesetzliche Gründe für eine Einreiseverweigerung beachten.
683 Das betrifft Verantwortliche und Personen, deren Unterstützung der Unterdrückung
684 belegt ist.

685 Ausnahmen brauchen eine rechtliche Begründung. Herkunft oder Verwandtschaft
686 allein beweisen keine Unterstützung der Unterdrückung.

687 Illegale Geldflüsse stoppen

688 Die Bundesregierung muss gegen Geld- und Beschaffungsnetzwerke des
689 Unterdrückungsapparats vorgehen. Diese Netzwerke beschaffen Geld, Waren oder
690 Technik für die Unterdrückung.

691 Die zuständigen Behörden brauchen genügend Personal und Geld. Sie müssen in
692 Deutschland und Europa zusammenarbeiten. Sie müssen feststellen, wer Firmen und
693 Vermögen tatsächlich besitzt oder kontrolliert.

694 Manche Netzwerke setzen vorgeschobene Eigentümer ein, um die tatsächliche
695 Kontrolle zu verbergen. Behörden müssen solche Strukturen aufklären und Verstöße
696 gegen Sanktionen verfolgen.

697 Sanktionen sind gezielte Beschränkungen. Sie können zum Beispiel Geschäfte,
698 Zahlungen oder die Einreise bestimmter Personen verbieten. Diese Regeln müssen
699 auch gelten, wenn Netzwerke ihre wirtschaftliche Kontrolle verschleiern.

700 Behörden sollen Vermögen aus Straftaten nach den gesetzlichen Regeln einziehen.
701 Dabei müssen sie Eigentumsrechte anderer Personen und Ansprüche von Geschädigten
702 beachten. Gerichte müssen die Maßnahmen überprüfen können.

703 Bloß beschlagnahmtes oder eingefrorenes Vermögen darf nicht bereits für
704 politische Förderung verwendet werden. Bei einer Beschlagnahme sichert eine
705 Behörde Vermögen zunächst. Eine Vermögenssperre verbietet, frei über das
706 betroffene Vermögen zu verfügen. Beides ist keine endgültige Einziehung.

707 Erlaubte Geschäfte und Zahlungen für Hilfe in Notlagen müssen möglich bleiben.

708 Verbotene Lieferungen verhindern

709 Zuständige Behörden müssen verbotene Lieferungen von Waffen sowie Drohnen- und
710 Raketenteilen verhindern. Dasselbe gilt für Technik zur Überwachung und
711 Unterdrückung. Auch verbotene Lieferungen von Gütern mit zivilen und
712 militärischen Verwendungsmöglichkeiten müssen sie verhindern.

713 Das gilt ebenso für verbotene technische Dienstleistungen und Lieferungen über
714 andere Staaten. Dafür brauchen wir wirksame Kontrollen der Ausfuhr und
715 internationale Zusammenarbeit.

716 Hochschulen und Unternehmen sollen Beratung erhalten, um verbotene Weitergabe
717 von Wissen zu verhindern. Iranische Forschende dürfen nicht pauschal
718 ausgeschlossen werden.

719 Öffentliches Geld darf nicht rechtswidrig zur Unterdrückung beitragen. Bund,
720 Länder und Gemeinden müssen die Regeln für Sanktionen, öffentliche Aufträge und
721 Fördergeld anwenden.

722 Bei nachgewiesenen Verstößen müssen sie im jeweiligen Fall rechtlich zulässige
723 Konsequenzen ziehen. Dazu gehören die Rückforderung von Geld und die Kündigung
724 von Verträgen. Auch der Ausschluss von Aufträgen oder Förderung gehört dazu.
725 Wenn weitergehende Ausschlüsse nötig sind, müssen die zuständigen Parlamente die
726 gesetzlichen Grundlagen ändern.

727 Verbrechen aufklären

728 Folter, Tötungen, sexualisierte Gewalt und das gewaltsame Verschwindenlassen von
729 Menschen müssen aufgeklärt werden. Sexualisierte Gewalt umfasst zum Beispiel
730 Vergewaltigungen. Beim Verschwindenlassen verschleiern die Verantwortlichen, wo
731 festgehaltene Menschen sind oder was mit ihnen geschehen ist.

732 Verantwortliche müssen sich persönlich vor Gericht verantworten. Über Schuld
733 entscheiden unabhängige Gerichte.

734 Der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt brauchen dauerhaft genügend
735 Personal und Geld für Ermittlungen zum Iran. Sie müssen einzelne Taten und
736 Personen untersuchen können. Sie müssen auch die dahinterstehenden
737 Organisationen und Machtstrukturen erfassen können.

738 Ausreichende tatsächliche Hinweise müssen die Behörden nach den gesetzlichen
739 Regeln bearbeiten. Ermittlungen müssen unmittelbare Täter, Befehlshaber und
740 weitere Verantwortliche erfassen.

741 Halten sich Verdächtige in Europa auf oder reisen sie ein, müssen Behörden
742 rechtzeitig handeln. Sie müssen rechtlich mögliche Fahndungen, Festnahmen und
743 Zusammenarbeit vorbereiten und nutzen. Dabei müssen sie die gesetzlichen
744 Voraussetzungen und besondere Schutzregeln wie Immunitäten beachten.

745 Unabhängige Stellen zur Dokumentation und zuständige Einrichtungen der Vereinten
746 Nationen sollen mehrjährige Förderung erhalten. Sie sollen Beweise sichern,
747 prüfen und übersetzen können. Sie sollen diese Beweise rechtmäßig an
748 Ermittlungsbehörden und Gerichte weitergeben können.

749 Betroffene begleiten und schützen

750 Betroffene brauchen Hilfe vor, während und nach Verfahren. Dazu gehören:

- 751 • ärztliche Untersuchungen und die Dokumentation von Verletzungen;
- 752 • anwaltliche Unterstützung;
- 753 • psychologische und soziale Unterstützung;
- 754 • qualifiziertes Dolmetschen und Übersetzen;
- 755 • Schutz für Zeugen, auch über Staatsgrenzen hinweg.

756 Gerichte sollen ihre gesetzlichen Möglichkeiten nutzen, Medien in mehreren
757 Sprachen zu informieren. Beratung und Behandlung müssen auch ohne Strafanzeige
758 möglich sein. Niemand darf diese Hilfe verlieren, weil er nicht aussagen kann.

759 Bund und Länder sollen unabhängige Beratung in mehreren Sprachen finanzieren.
760 Die Beratungsstellen sollen Betroffene verlässlich mit Polizei, Justiz und
761 Opferhilfe verbinden.

762 Für jeden Fall soll es eine verantwortliche Begleitung geben. Sie soll
763 körperliche und digitale Bedrohungen gemeinsam betrachten. Dazu gehören auch
764 Druck auf Angehörige und Angriffe auf Einrichtungen.

765 Behörden brauchen Sprachkenntnisse und Wissen über den Iran und die Region.
766 Hilfe darf niemals davon abhängen, ob jemand mit einem Nachrichtendienst
767 zusammenarbeitet.

768 4. Gemeinsam mit Europa handeln

769 Europa muss seine politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzen. Damit
770 muss es Verantwortliche der Unterdrückung unter Druck setzen. Die
771 Bundesregierung muss mit europäischen Partnern zusammenarbeiten und belastbare
772 Belege vorlegen.

773 Verantwortliche gezielt mit Sanktionen treffen

774 Wir fordern weitere Sanktionen, die rechtlich begründet sind und einer
775 gerichtlichen Prüfung standhalten. Sie sollen insbesondere treffen:

- 776 • verantwortliche Führungspersonen;
- 777 • Verantwortliche in Gefängnissen und Justiz;
- 778 • wirtschaftliche Unterstützer der Unterdrückung;
- 779 • Firmen, die verbotene Waren oder Technik beschaffen;
- 780 • Beteiligte an der Verfolgung von Menschen außerhalb des Iran.

781 Die zuständigen europäischen Stellen müssen bestehende Möglichkeiten
782 ausschöpfen. Fehlen nötige Kriterien für Sanktionen, müssen sie diese gezielt
783 ergänzen.

784 Jede Aufnahme in eine Sanktionsliste braucht tragfähige Gründe. Betroffene
785 müssen die Entscheidung rechtlich überprüfen lassen können. Die zuständigen
786 Stellen müssen die Einträge regelmäßig überprüfen.

787 Europäische Behörden müssen Ermittlungen zu illegalen Geldflüssen besser
788 abstimmen. Dasselbe gilt für die rechtmäßige Einziehung solcher Gelder.
789 Netzwerke dürfen nicht davon profitieren, dass Zuständigkeiten an Staatsgrenzen
790 enden.

791 Behörden müssen nachgewiesene Netzwerke verfolgen, die Sanktionen umgehen. Das
792 betrifft Handel, Luftfahrt, Schifffahrt, Versicherungen und Zahlungsverkehr. Die
793 Bundesregierung soll mit europäischen Partnern Lücken bei der Durchsetzung
794 schließen. Sie soll nötige zusätzliche Beschränkungen voranbringen.

795 Maßnahmen außerhalb des eigenen Staatsgebiets müssen das Völkerrecht beachten.
796 Das Völkerrecht regelt unter anderem die Rechte und Pflichten von Staaten
797 untereinander.

798 Überwachung verhindern und zivile Kommunikation ermöglichen

799 Europäische Regeln müssen neue Überwachungstechnik erfassen. Nachgewiesene
800 Lücken bei Überwachungssoftware, technischen Dienstleistungen und Zwischenhandel
801 müssen die zuständigen Stellen schließen.

802 Zivile Kommunikation, Sicherheitsupdates und unabhängige Forschung brauchen
803 klare Ausnahmen. Dafür müssen Genehmigungen auch praktisch erreichbar sein.

804 Wirkung und Folgen der Sanktionen prüfen

805 Die zuständigen Stellen müssen bestehende Handels- und Finanzbeschränkungen
806 anwenden. Werden diese nachweislich umgangen oder erreichen sie ihr Ziel nicht,
807 müssen die Stellen sie anpassen.

808 Sanktionen sollen gezielt die Organisationen und Netzwerke der Unterdrückung,
809 Beschaffung und Finanzierung treffen. Die Bundesregierung und ihre europäischen
810 Partner müssen prüfen, ob die Sanktionen wirken. Sie müssen auch die Folgen für
811 Versorgung, Beschäftigte und unabhängige Organisationen untersuchen.

812 Vermeidbare Einschränkungen der Versorgung schwächen die Menschen, die wir
813 unterstützen wollen.

814 Menschenrechte zum Maßstab machen

815 Menschenrechte müssen im Mittelpunkt unserer Iranpolitik stehen. Zusätzliche
816 staatliche wirtschaftliche Vorteile für das Regime müssen an überprüfbare
817 Fortschritte gebunden sein. Dasselbe gilt für zusätzliche politische
818 Anerkennung.

819 Zu solchen Fortschritten gehören bessere Menschenrechtsbedingungen,
820 Freilassungen und ein Ende der Verfolgung über Staatsgrenzen hinweg.

821 Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht allein wegen
822 Zugeständnissen beim Atomprogramm aufgehoben werden. Jede Änderung muss zu den
823 Zielen und gesetzlichen Grundlagen der jeweiligen Sanktionen passen.

824 Diplomatische Gespräche bleiben notwendig. Sie sollen helfen, Gefangene
825 freizubekommen und Menschen in Not zu versorgen. Sie sollen Kontrollen der
826 Internationalen Atomenergie-Organisation sichern und militärische Eskalation
827 verhindern. Diese Organisation überprüft unter anderem die friedliche Nutzung
828 von Atomenergie.

829 Demokratischen Wandel gemeinsam finanzieren

830 Wir wollen eine europäische Partnerschaft zur Finanzierung demokratischen
831 Wandels. Dazu gehört regelmäßiger Austausch mit unterschiedlichen demokratischen
832 iranischen Kräften.

833 Die Bundesregierung muss konkrete Vorschläge vorlegen und politische Mehrheiten
834 in Europa gewinnen. Unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament sollen sich
835 bei Gesetzen, Haushaltsentscheidungen und Kontrollen dafür einsetzen.

836 Keine einzelne Gruppe darf als alleinige Vertretung aller Menschen im Iran
837 behandelt werden.

838 5. Demokratische Kräfte auf politische 839 Verantwortung vorbereiten

840 Mutiger Widerstand braucht verlässliche Unterstützung, damit dauerhafte
841 demokratische Veränderung möglich wird. Deshalb fordern wir das Programm
842 „Demokratische Zukunft Iran“.

843 Das Programm soll eigenständig sein und zusätzliches Geld erhalten. Es soll über
844 mehrere Jahre laufen. Es soll demokratische Kräfte im Iran und im Exil stärken.
845 Im Exil leben Menschen außerhalb ihres Landes, weil sie dort zum Beispiel
846 politische Verfolgung befürchten.

847 Das Programm hat drei Aufgaben. Es soll Organisationen beim Aufbau unterstützen.
848 Es soll gewaltfreies gemeinsames Engagement stärken. Es soll die Vorbereitung
849 auf Verantwortung in Regierung, Parlament und Verwaltung ermöglichen.

850 Organisationen dauerhaft finanzieren

851 Das Programm soll einzelne Projekte und dauerhafte Arbeit finanzieren.
852 Organisationen sollen damit Mitarbeitende bezahlen, sicher arbeiten und
853 fachliche Beratung erhalten können.

854 Demokratische Parteien, unabhängige Organisationen und Gewerkschaften sollen
855 ihre Arbeit selbst bestimmen. Sie sollen freiwillig zusammenarbeiten können.

856 Die Förderung soll unterstützen:

- 857 • den Aufbau von Organisationen;
- 858 • die Vermittlung bei Konflikten;
- 859 • politische Bildung;
- 860 • unabhängige Vertretung gemeinsamer Interessen;
- 861 • friedliche Versammlungen und Kampagnen;
- 862 • gewerkschaftliches Engagement.

863 Eigene politische Vorschläge entwickeln

864 Demokratische Kräfte müssen eigene Antworten auf die Probleme ihres Landes
865 entwickeln können. Dazu gehören soziale Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt und
866 öffentliche Versorgung.

867 Das Programm soll bezahlte Facharbeit, Stipendien und Austausch mit erfahrenen
868 Fachleuten ermöglichen. Stipendien finanzieren zum Beispiel Lernen und fachliche
869 Arbeit. So können die Beteiligten politische Vorschläge ausarbeiten, prüfen und
870 öffentlich diskutieren.

871 Sie sollen sich auf Aufgaben in Regierung, Parlament und Verwaltung vorbereiten.
872 Dazu sollen sie unterschiedliche Wege des Übergangs zur Demokratie durchdenken.

873 Auch während dieses Übergangs müssen grundlegende Versorgung und zivile
874 Verwaltung funktionieren. Dazu gehören zum Beispiel Wasser, Energie,
875 Gesundheitsversorgung und die Arbeit öffentlicher Behörden.

876 Wissen aus dem Iran und Erfahrungen von Menschen im Ausland sollen
877 gleichberechtigt einfließen. Die iranischen Beteiligten bestimmen ihre
878 politischen Inhalte selbst. Förderung gibt niemandem das Recht, die Bevölkerung
879 zu vertreten oder zu regieren.

880 Demokratische Regeln von Anfang an vorbereiten

881 Die Vorbereitung muss freie Wahlen und die Erarbeitung einer Verfassung
882 einschließen. Dazu gehören auch:

- 883 • klare Regeln und offene Angaben zur Finanzierung von Parteien und
884 Wahlkämpfen;
- 885 • unabhängige Gerichte;
- 886 • die Kontrolle der Regierung durch das Parlament;
- 887 • Mitbestimmung vor Ort;
- 888 • zivile Kontrolle über Sicherheitskräfte.

889 Zivile Kontrolle bedeutet: Demokratisch verantwortliche zivile Stellen müssen
890 die Sicherheitskräfte beaufsichtigen und kontrollieren können.

891 Auch während eines Übergangs muss staatliche Macht begrenzt bleiben. Menschen
892 müssen sich wirksam gegen staatliche Entscheidungen wehren können.

893 Organisationen von Opfern müssen unabhängig an der Aufarbeitung von Unrecht und
894 an Entschädigungen mitwirken können. Die Verantwortung für Unrecht muss für jede
895 Person einzeln geprüft werden. Pauschale Bestrafungen oder die pauschale
896 Entfernung ganzer Gruppen aus Ämtern lehnen wir ab.

897 Verfolgten und ihren Familien helfen

898 Ein unabhängig verwalteter Solidaritätsfonds soll Verfolgte, politische
899 Gefangene und ihre Angehörigen unterstützen. Ein Fonds stellt Geld für bestimmte
900 Aufgaben bereit. Er soll auch Menschen helfen, die wegen friedlicher
901 Gewerkschaftsarbeit bedroht werden.

902 Der Fonds soll Geld für den Lebensunterhalt und anwaltliche Hilfe bereitstellen.
903 Er soll medizinische Versorgung sowie psychologische und soziale Unterstützung
904 ermöglichen.

905 Wir wollen auch rechtmäßige Hilfe bei Einkommensverlust durch Streiks
906 ermöglichen. Dafür brauchen wir geeignete Regeln und Zahlungswege.

907 Entscheidend sind Bedürftigkeit und Gefährdung. Niemand darf zu bestimmten
908 politischen Aktionen gedrängt werden, um Hilfe zu erhalten.

909 Freie Medien und sichere Kommunikation unterstützen

910 Unabhängige Medien und Redaktionen im Exil brauchen Unterstützung. Sie sollen
911 frei berichten, Informationen prüfen und verständlich zugänglich machen können.

912 Das Programm soll sichere Kommunikation und wirksame Möglichkeiten gegen Zensur
913 fördern. Zensur bedeutet hier, dass staatliche Stellen Informationen und
914 Meinungen unterdrücken. Bei digitalen Angriffen muss schnelle Hilfe möglich
915 sein.

916 Die Angebote müssen dauerhaft nutzbar bleiben und sich an veränderte Bedingungen
917 anpassen können. Redaktionen müssen über ihre Inhalte selbst entscheiden.
918 Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Perspektiven sollen Platz haben.

919 Nutzer müssen sicher bleiben und Angebote auch anonym nutzen können. Anonym
920 bedeutet: Ihre Identität wird nicht offengelegt.

921 Die Förderung darf keine bezahlten Falschinformationen oder vorgetäuschte
922 Unterstützung finanzieren. Sie darf auch keine Einschüchterung anderer
923 demokratischer Kräfte unterstützen.

924 Faire Mitbestimmung sichern

925 Unterschiedliche demokratische iranische Kräfte müssen die Förderung
926 mitgestalten und bewerten können.

927 Gemeinsam geförderte Einrichtungen und Zusammenschlüsse brauchen faire Regeln
928 für Entscheidungen. In ihren Entscheidungsgremien müssen Frauen mindestens 50

929 Prozent der Sitze haben. Ein Entscheidungsgremium ist eine Gruppe, die
930 verbindliche Entscheidungen trifft.

931 Junge Menschen und benachteiligte Gruppen müssen über Inhalte und Geld wirksam
932 mitentscheiden können. Sie sollen auch Hilfe beim Aufbau eigener Organisationen
933 erhalten.

934 Es muss nachvollziehbar sein, wer Fördergeld erhält und warum. Unabhängige
935 Stellen müssen die Verwendung kontrollieren. Es muss unabhängige Wege geben,
936 sich über Förderentscheidungen und die Verwendung des Geldes zu beschweren.

937 Unterstützung darf nicht davon abhängen, ob Menschen deutschen Parteien oder
938 einzelnen Führungsfiguren im Exil folgen.

939 Sichere Genehmigungen und Zahlungswege schaffen

940 Die Bundesregierung muss mit europäischen Partnern, Banken und unabhängigen
941 Trägerorganisationen zusammenarbeiten. Gemeinsam müssen sie sichere und
942 rechtlich zulässige Genehmigungen und Zahlungswege schaffen. Wo Gesetze fehlen
943 oder geändert werden müssen, muss die Bundesregierung entsprechende Änderungen
944 voranbringen.

945 Geltende Sanktionen müssen beachtet werden.

946 Die Bundesregierung soll für eine demokratische Öffnung des Iran zivile
947 Fachberatung und technische Unterstützung vorbereiten. Sie soll auch Hilfe zur
948 Versorgung vorbereiten. Ihr Einsatz setzt eine Anfrage aus dem Iran voraus. Die
949 anfragende Stelle muss dazu berechtigt sein.

950 Die Selbstbestimmung der Menschen im Iran und demokratische Kontrolle müssen
951 dabei gewährleistet sein.

952 6. Schutz vor Verfolgung sichern

953 Wer vor Verfolgung flieht, muss bei uns Schutz finden. Niemand darf in Folter
954 oder andere verbotene Misshandlung abgeschoben werden.

955 Wir fordern einen Abschiebungsstopp nach Iran, der rechtlich begründet ist und
956 einer gerichtlichen Prüfung standhält. Bund und Länder müssen ihn gemeinsam
957 abstimmen. Persönliche Schutzansprüche bleiben bestehen.

958 Auch über einen anderen Staat darf niemand seinen Verfolgern ausgeliefert
959 werden. Lücken zwischen den Regelungen von Bund und Ländern dürfen den Schutz
960 nicht gefährden.

961 Sichere Aufnahme ermöglichen

962 Akut gefährdete Menschen und bedrohte Angehörige brauchen sichere Wege zur
963 Aufnahme. Bund und Länder müssen diese Wege verlässlich finanzieren. Sie müssen
964 ihre Verfahren abstimmen und verbindliche Aufnahmezusagen einhalten.

965 Die Aufnahme darf nicht allein davon abhängen, ob Privatpersonen für die Kosten
966 eintreten.

967 Beratung und einen sicheren Aufenthalt ermöglichen

968 Gefährdete Menschen brauchen rechtzeitig Beratung, bevor ihr Visum oder ihre
969 Aufenthaltserlaubnis abläuft. Sie müssen Zugang zu passenden regulären
970 Möglichkeiten für einen Aufenthalt erhalten. Sie müssen auch Zugang zu
971 Härtefallverfahren bekommen. Diese Verfahren prüfen, ob besondere persönliche
972 Umstände einen weiteren Aufenthalt rechtfertigen.

973 Behörden dürfen im Einzelfall keine unzumutbaren Kontakte mit Behörden des
974 Verfolgerstaates verlangen. Sie müssen gesetzlich erlaubte andere Nachweise der
975 Identität und andere Reisedokumente nutzen.

976 Wir wollen Arbeit und die Anerkennung beruflicher Qualifikationen ermöglichen.
977 Menschen sollen ihre journalistische, wissenschaftliche und politische Tätigkeit
978 fortsetzen können. Dabei gelten die jeweiligen gesetzlichen Regeln.

979 Schutzbedarf sorgfältig prüfen

980 Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss seine Informationen zur Lage im
981 Iran laufend aktualisieren. Es muss Anhörungen und Entscheidungen fachlich
982 überprüfen.

983 Es muss Verfolgung wegen politischer Haltung, Geschlecht oder Religion
984 sorgfältig berücksichtigen. Das gilt auch für Verfolgung wegen sexueller
985 Orientierung. Dazu gehört zum Beispiel, dass Menschen lesbisch, schwul oder
986 bisexuell sind.

987 Auch Verfolgung wegen der Geschlechtsidentität muss es berücksichtigen. Die
988 Geschlechtsidentität beschreibt, welchem Geschlecht sich ein Mensch zugehörig
989 fühlt.

990 Das Bundesamt muss auch Benachteiligung wegen ethnischer Zugehörigkeit
991 berücksichtigen. Dabei geht es um Gruppen mit gemeinsamer Herkunft oder Kultur.
992 Es muss außerdem Gefahren durch politische Aktivitäten im Exil sorgfältig
993 prüfen.

994 Betroffene brauchen unabhängige Beratung und qualifiziertes Dolmetschen und
995 Übersetzen. Sie müssen Entscheidungen wirksam rechtlich überprüfen lassen
996 können.

997 Entscheidend ist der Schutzbedarf jedes einzelnen Menschen. Eine politisch
998 festgelegte Zahl von Schutzberechtigten darf die Prüfung nicht ersetzen.

999 Behandlung und Hilfe in anderen Staaten sichern

1000 Menschen mit schweren Verletzungen oder schweren seelischen Verletzungen
1001 brauchen erreichbare Behandlung und Nachsorge. Sie brauchen auch Hilfe beim
1002 Dolmetschen und Übersetzen.

1003 Wir fordern medizinische Aufnahmeangebote mit verlässlicher Versorgung. Während
1004 der notwendigen Behandlung muss der Aufenthalt gesichert sein.

1005 Unabhängige Partner müssen auch in anderen gefährlichen Staaten helfen können.
1006 Sie sollen Unterkunft, anwaltliche Hilfe, Gesundheitsversorgung und sichere
1007 Kontakte ermöglichen.

1008 Niemand darf für Hilfe Kontakte oder Netzwerke offenlegen müssen, wenn dadurch
1009 Menschen gefährdet werden.

1010 Politische Gefangene unterstützen

1011 Wir fordern die Freilassung aller Menschen, die wegen der friedlichen Ausübung
1012 ihrer Rechte inhaftiert sind. Folter und Todesstrafe müssen enden. Gefangene
1013 brauchen anwaltliche Verteidigung und medizinische Versorgung.

1014 Betreut das Auswärtige Amt einen Fall im Rahmen konsularischer Hilfe, muss diese
1015 Betreuung verlässlich sein. Konsularische Hilfe unterstützt eigene
1016 Staatsangehörige im Ausland. Dazu gehören Kontakt zu Angehörigen und Hilfe nach
1017 der Freilassung.

1018 Auch für andere politische Gefangene muss das Auswärtige Amt geeignete
1019 diplomatische und humanitäre Wege nutzen. Humanitäre Hilfe versorgt und schützt
1020 Menschen in Not.

1021 Öffentliches Eintreten muss mit praktischer Hilfe verbunden werden. Dazu gehören
1022 die Beobachtung von Gerichtsverfahren, medizinische Hilfe und Unterstützung der
1023 Angehörigen.

1024 Der Bundestag soll abgeschlossene Geiselfälle auswerten. Dabei müssen die
1025 Betroffenen geschützt bleiben.

1026 7. Geld, Gesetze und politische Mehrheiten 1027 sichern

1028 Verlässliche Unterstützung braucht politischen Willen, ausreichendes Geld und
1029 passende Gesetze. Wir Grüne setzen uns dafür im Bundestag, im Europäischen
1030 Parlament und in den Ländern ein. Mit demokratischen Partnern wollen wir
1031 Mehrheiten gewinnen und die Bundesregierung zum Handeln bewegen.

1032 Unterstützung langfristig finanzieren

1033 Das Programm „Demokratische Zukunft Iran“ braucht eigene, zusätzliche Mittel
1034 über mehrere Jahre. Es soll dauerhafte Arbeit von Organisationen und die
1035 Entwicklung politischer Programme ermöglichen.

1036 Die Höhe der Förderung muss vom tatsächlichen Bedarf abhängen. Wir wollen
1037 zusätzliche Beiträge aus Europa gewinnen.

1038 Justiz, Polizei und Aufnahme brauchen eine eigene, verlässliche Finanzierung.
1039 Dasselbe gilt für Leistungen zur Versorgung, auf die Menschen einen gesetzlichen
1040 Anspruch haben.

1041 Unabhängige Arbeit ermöglichen

1042 Unabhängige Organisationen, Gewerkschaften und demokratische Zusammenschlüsse
1043 brauchen verlässlichen Zugang zu Förderung. Das gilt auch für politische
1044 Bildung.

1045 Wir wollen rechtliche Hindernisse abbauen und fehlende gesetzliche Grundlagen
1046 schaffen. Förderentscheidungen müssen nachvollziehbar sein und unabhängig
1047 kontrolliert werden.

1048 Organisationen, die Geld erhalten, müssen ihre Entscheidungen weiterhin selbst
1049 treffen können. Für die Unterstützung politischer Parteien im Ausland gelten
1050 besondere rechtliche Voraussetzungen. Diese müssen bei der Förderung eingehalten
1051 werden.

1052 Menschenrechtsarbeit als gemeinnützig anerkennen

1053 Gemeinnützige Organisationen arbeiten für das Wohl der Allgemeinheit. Sie können
1054 unter gesetzlichen Voraussetzungen steuerliche Vorteile erhalten.

1055 Wir wollen die Regeln zur Gemeinnützigkeit in Paragraf 52 der Abgabenordnung
1056 erweitern. Die Abgabenordnung regelt grundlegende Fragen des Steuerrechts.

1057 Die erweiterten Regeln sollen ausdrücklich folgende Zwecke erfassen:

- 1058 • den Schutz der Menschenrechte;
- 1059 • gewaltfreie Beteiligung an demokratischen Prozessen;
- 1060 • den Aufbau eigener demokratischer Organisationen und Zusammenschlüsse.

1061 Das soll im Inland und im Ausland gelten. Menschen und Organisationen sollen
1062 Unterstützung erhalten können, um ihre Rechte wahrzunehmen und zu verteidigen.
1063 Dazu gehören auch die öffentliche Vertretung ihrer Interessen und entsprechende
1064 Kampagnen.

1065 Die Reform soll Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg erleichtern. Die
1066 rechtlichen Grenzen für Parteienförderung durch gemeinnützige Organisationen
1067 bleiben bestehen.

1068 Gewaltfreies Engagement unterstützen

1069 Wir wollen Menschen helfen, deren Lebensunterhalt durch die Teilnahme an Streiks
1070 bedroht ist. Wir wollen auch gewaltfreie demokratische Organisation und
1071 Zusammenarbeit unterstützen. Dafür brauchen wir tragfähige Regeln für Förderung
1072 in Deutschland und Europa.

1073 Hilfe in Notlagen und Förderung von Organisationen brauchen jeweils passende
1074 gesetzliche Grundlagen. Das gilt auch für die direkte Unterstützung politischer
1075 Aktionen.

1076 Neue Finanzierungswege müssen geltende Regeln für Fördergeld, Sanktionen und das
1077 Völkerrecht beachten. Dazu gehört das Verbot unzulässiger Einmischung in andere
1078 Staaten.

1079 Netzwerke der Unterdrückung begrenzen

1080 Behörden müssen verschleierte wirtschaftliche Kontrolle und die Umgehung von
1081 Sanktionen wirksamer bekämpfen. Wo Gesetze nicht reichen, wollen wir gezielt
1082 nachbessern.

1083 Dazu gehören angemessene Regeln zur Offenlegung staatlich gelenkter Geldflüsse
1084 aus dem Ausland. Auch die Zusammenarbeit der Behörden muss besser werden.

1085 Betroffene müssen Maßnahmen rechtlich überprüfen lassen können. Freie
1086 internationale Zusammenarbeit unabhängiger Organisationen bleibt geschützt.

1087 Menschen vor Einschüchterung schützen

1088 Behörden müssen rechtswidrige Anwerbung und Verfolgung über Staatsgrenzen hinweg
1089 konsequent verfolgen. Unsere Fraktionen sollen kontrollieren, ob Behörden
1090 bestehende Gesetze wirksam anwenden. Sie sollen auf die Schließung
1091 nachgewiesener Gesetzeslücken hinwirken.

1092 Maßstab ist konkretes Unrecht. Politische Überzeugungen, Religion oder
1093 friedliche Kontakte dürfen keinen allgemeinen Verdacht gegen Menschen begründen.

1094 Eingezogenes Vermögen rechtmäßig verwenden

1095 Das Vereinsgesetz erlaubt die Verwendung endgültig eingezogenen Vereinsvermögens
1096 für gemeinnützige Zwecke. Wir wollen diese Möglichkeiten ausschöpfen.

1097 Für weitergehende demokratische Oppositionsarbeit brauchen wir die nötigen
1098 gesetzlichen Grundlagen und Regeln im staatlichen Haushalt. Demokratische
1099 Opposition umfasst Kräfte, die sich dem Regime mit demokratischen Zielen
1100 entgegenstellen.

1101 Nur rechtmäßig und endgültig eingezogenes Vermögen kommt dafür infrage.
1102 Berechtigte Ansprüche von Geschädigten und anderen Personen sowie internationale
1103 Vorgaben müssen beachtet werden. Bloß beschlagnahmtes oder eingefrorenes
1104 Vermögen steht dafür nicht zur Verfügung.

1105 Opferhilfe und reguläre Demokratieförderung brauchen auch unabhängig von solchen
1106 Einnahmen verlässliches Geld.

1107 Europäische Verantwortung gemeinsam tragen

1108 Wir wollen demokratische Kräfte im Iran gemeinsam mit europäischen Partnern
1109 dauerhaft unterstützen. Gleichzeitig müssen wir gegen die Verantwortlichen der
1110 Unterdrückung wirksam handeln.

1111 Dafür brauchen wir gemeinsame Initiativen, wirksame Kontrolle und nötige
1112 Änderungen europäischer Regeln. Zusätzliche Sanktionen wollen wir über die
1113 zuständigen europäischen Stellen voranbringen.

1114 8. Solidarität im Alltag umsetzen

1115 Autoritäre Kräfte werden stärker. Fehlende soziale Unterstützung schwächt den
1116 Zusammenhalt. Wir Grüne wollen Menschen praktisch unterstützen.

1117 Wer für Freiheit und Menschenrechte sein Leben riskiert, braucht Hilfe und darf
1118 nicht alleinbleiben. Diese Menschen brauchen Schutz, verlässliche Begleitung und
1119 die Möglichkeit, sich selbst zu organisieren.

1120 Unsere Solidarität beginnt mit Zuhören. Wir machen Unterstützung zugänglich. Die
1121 Menschen entscheiden selbst, ob und wie sie diese Hilfe annehmen. Sie bestimmen
1122 ihre Ziele, ihre Bündnisse und die Zukunft ihres Landes.

1123 Wir unterstützen sie mit Wissen, Kontakten und Geld, damit sie selbstständig
1124 handeln können.

1125 Das gilt für demokratische Kräfte im Iran und in anderen Ländern. Sie sollen
1126 Unterstützung erhalten, wenn sie gewaltfrei für gleiche Rechte und politische
1127 Freiheit eintreten. Voraussetzung ist, dass sie um Unterstützung bitten. Wir
1128 respektieren demokratische Vielfalt und unterschiedliche Erfahrungen.

1129 Ansprechpartner und Kontakte schaffen

1130 Der Bundesvorstand und die zuständigen Bundesarbeitsgemeinschaften sollen für
1131 demokratische Initiativen ansprechbar sein. Die Bundesarbeitsgemeinschaften sind
1132 Gruppen unserer Partei, die bestimmte politische Themen bearbeiten.

1133 Sie sollen Austausch ermöglichen und auf Wunsch Kontakte vermitteln. Dazu
1134 gehören Kontakte zu unabhängigen Organisationen und europäischen Partnern.

1135 Frauen, junge Menschen und benachteiligte Gruppen müssen gleichberechtigt
1136 mitgestalten können.

1137 Unsere Fraktionen sollen auf allen politischen Ebenen für Schutz, erreichbare
1138 Förderung und verlässliche Finanzierung eintreten. Wo wir
1139 Regierungsverantwortung tragen, nutzen wir unsere Möglichkeiten dafür.

1140 Wenn Menschen sich frei organisieren und gleiche Rechte verteidigen, stärken sie
1141 Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen Unterstützung bieten,
1142 auf die sie sich verlassen können. Menschenwürde, Freiheit und soziale
1143 Gerechtigkeit gehören für uns zusammen.

Begründung

Freiheit braucht mehr als Worte. Der Antrag verbindet Schutz für Verfolgte, gezielten Druck auf das Regime und dauerhafte Hilfe für demokratische Kräfte. So unterstützen wir einen friedlichen Wandel, den die Menschen im Iran selbst gestalten. Pasted markdown

weitere Antragsteller*innen

Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Kübra Beydaş (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Niklas Wolf (KV Lüneburg); Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt); Myriam

Fleck (KV Berlin-Lichtenberg); Dara Ali Bako (KV Oldenburg-Stadt); Daniel Mareyen (KV Mühldorf); Tilmann Schade (KV Berlin-Pankow); Kathleen Kuppe (KV Berlin-Pankow); Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Tim Niclas Demisch (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Peter Haack (KV Berlin-Neukölln); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hans-Christian Höpcke (KV Berlin-Lichtenberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Hubert Hill (KV Oldenburg-Stadt); Yvonne Frey (KV Bonn); sowie 95 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.